

Daniel Weidlitsch

**Neoliberalismus als Herausforderung für die Demokratie:
Theorie – Praxis –
Gegenwartsdimension**

Mit der in den 1970er-Jahren einsetzenden neoliberalen Wende vollzog sich jene Abkehr von der politisch-ökonomischen Nachkriegsordnung, die sich mittelfristig durch staatliche Konjunkturmaßnahmen, Sicherstellung von Wachstum, Vollbeschäftigung und sozialem Ausgleich auszeichnete und als Nachkriegsregime des demokratischen Kapitalismus gedeutet werden kann.¹ Dieses „Standardmodell der Demokratie“ (Wolfgang Streeck), durchgesetzt von den Vereinigten Staaten, basierte trotz länderspezifischer Unterschiede im Wesentlichen auf frei gewählten staatlichen Regierungen, frei gewählten Parlamenten und war getragen von politischen Massenparteien, die nicht nur die Klassenlagen von Arbeit und Kapital abbildeten, sondern deren Wirkungsradius tief in die Gesellschaft reichte. Hinzu gesellten sich eine größtenteils freie und unabhängige Presse sowie organisierte Interessensverbände, was in Summe ein friedliches Nebeneinander von Kapitalismus und Demokratie gewährleistete.²

Die Gründe für die Ablösung dieses Modells sind vielfältig: Sie stehen einerseits mit der Aufkündigung des Bretton Woods-Systems³ fester Wechselkurse durch die USA in Verbindung; zudem sollte die Ölkrise eine Spirale der Inflation in Gang setzen und die Massenproduktion auf globaler Ebene den Konkurrenzdruck erhöhen und somit den Übergang von einer auf Nachfrage orientierten zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik vollziehen. Nunmehr setzten Ökonomen auf die Kräfte des Marktes zulasten einer regulierten Wirtschaft und verbanden dies mit Kritik am Staat und dessen Überlegenheit.⁴

1 Vgl. Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2016, 93-95.

2 Vgl. Wolfgang Streeck, *Entkoppelt. Kapitalismus und Demokratie im neoliberalen Zeitalter* (06.2016), URL: https://wolfgangstreeck.files.wordpress.com/2016/06/streeck2016_entkoppelt-kapitalismus-und-demokratie-im-neoliberalen-zeitalter.pdf (abgerufen 25.1.2018).

3 Gegen Ende der 1960er-Jahre trat die Mehrheit der Ökonomen für ein System flexibler Wechselkurse ein und beförderte somit die Abkehr von der keynesianischen Weltordnung des Bretton-Woods-Systems streng regulierter internationaler Finanzbeziehungen. Es richtete sich gegen das marktfundamentale Denken und erachtete „freie“ Wechselkurse geradezu als Offerte für Spekulation und als Quelle künftiger Finanzkrisen; vgl. Walter Otto Ötsch/Stephan Pühringer/Karin Hirte, *Netzwerke des Marktes. Ordoliberalismus als Politische Ökonomie*, Wiesbaden 2018, 197-199. Zur neoliberalen Transformation des globalen Kapitalismus siehe, die zentralen Aspekte in den 1970er-Jahren hervorhebend, exemplarisch Elmar Altvater, *Globalisierter Neoliberalismus*, in: Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak (Hg.), *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden 2008, 50-68.

4 Vgl. Philipp Ther, *Neoliberalismus, eine Einführung*, in: Gerfried Sperl (Hg.), *Neoliberalismus*, Wien 2015, 9-40, 12-13.

Stephan Schulmeister hat zuletzt dargelegt, wie innerhalb der Wirtschaftswissenschaften in fälschlicher Missinterpretation von Adam Smith (1723-1790) „der Markt“ die Position eines „Generalkoordinators“ erlangte.⁵ Welche vielfältigen Folgen, Bedrohungen und letztlich Herausforderungen sich vor dem Hintergrund dieses neoliberalen Ordnungskonzeptes für die Demokratie und unser demokratisches Gemeinwesen ergeben, ist Gegenstand dieses Beitrages. Dabei werden zunächst exemplarisch zwei neoliberale Grundpositionen im Hinblick auf die Demokratie herausgearbeitet. Diese sind dazu geeignet, das Spannungsfeld von Neoliberalismus und Demokratie offen zu legen und geben gleichermaßen Aufschluss über die Implementierung neoliberaler Ideen und Konzepte, wie sie etwa im Chile der 1970er-Jahre – als bisher signifikantestes Exempel – zur praktischen Umsetzung gelangte. Abschließend wird die Gegenwartsdimension des neoliberalen Projekts in den Blick genommen. Dabei scheint insbesondere die Frage nach den Ursachen für das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsradikaler Bewegungen sowie die Frage nach den Parallelen zum Neoliberalismus ein lohnender Zugang zu sein.

1. Theorie: Neoliberale Grundpositionen zu Demokratie

Was heute als „Demokratie“ in ihrer repräsentativen Ausprägung verstanden werden kann, ist gekennzeichnet von der Freiheit des Einzelnen in politischer, staatsbürgerlicher und wirtschaftlicher Hinsicht. Sie ist geknüpft an einen intakten Rechtsstaat, verbunden mit der Gleichheit aller StaatsbürgerInnen und ist gebunden an das allgemeine Wahlrecht. Sie verlangt des Weiteren nach der Existenz politischer Parteien mit zu wählenden Repräsentanten sowie nach einer gegenüber dem Parlament verantwortlichen Regierung. Darüber hinaus definiert sie sich über eine intakte Staatlichkeit im Sinne der Verflechtung von Staat und parlamentarischer Demokratie.⁶

5 Vgl. Stephan Schulmeister, *Der Weg zur Prosperität*, Salzburg-München 2018, 48-50.

6 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Die Entmündigung des Staates und die Krise der Demokratie. Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart*, in: Stuttgart: Verlag Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus 2013, 8-10, URL: https://zeithistorische-forschungen.de/sites/default/files/medien/material/2015-3/Doering-Manteuffel_2013.pdf (abgerufen 28.6.2018). Auf diskursiver Ebene tritt vor allem die Mehrdeutigkeit des Begriffes „Demokratie“, verstanden als eine Verfassung des Gemeinwesens oder verstanden als Regierungstechnik, hervor; vgl. Giorgio Agamben, *Einleitende Bemerkung zum Begriff der Demokratie*, in: *Demokratie? Eine Debatte*, Berlin 2016, 9-12.

Die neoliberale Theorie gibt im Allgemeinen diffus und ungenügend Auskunft über ihr Verständnis von Demokratie. Grundsätzlich kommt seitens der Neoliberalen eine starke Demokratieskepsis zum Ausdruck, die in der Praxis sowohl mit autoritären Herrschaftsstrukturen korreliert, demokratische Verfahren und Institutionen unterminiert und direktdemokratische Verfahren präferiert. Letzteres steht unmittelbar in Verbindung mit der von neoliberalen Think Tanks und PR-Agenturen geprägten Meinungsbildung⁷, welche das Denken in Alternativen zu unterbinden sucht. Indem der Neoliberalismus den öffentlichen Charakter von Demokratie negiert und gleichermaßen ihre soziale Basis außer Acht lässt, fokussiert er letztlich lediglich auf die Erhaltung scheindemokratischer Strukturen. Hinsichtlich der Ausformung neoliberaler Theorien im Hinblick auf die Demokratie erscheint insbesondere der bereits angedeutete Grundsatz zentral, wonach sämtliche Eingriffe, sowohl von staatlicher als auch von politischer Seite, die Freiheit des Marktes untergraben und sich auf die Wachstumsdynamik negativ auswirken. Damit geht jener neoliberale Imperativ einher, der die Ökonomie zum Erklärungsmodell für alle nichtökonomischen Bereiche (Recht, Politik, Menschenbild etc.) erhebt und somit die Demokratie als Marktmodell entwirft.⁸ Der „Markt“ als solches wird dabei – der neoliberalen Ideologie folgend – grundsätzlich mit Freiheit, der „Nicht-Markt“ mit Zwang und Sozialismus konnotiert. Auf diese Weise wird ein dualistisches Weltbild konstruiert,⁹ das in letzter Konsequenz „den Markt“ in die Sphären Gottes rückt und damit Glauben auf und Vertrauen in diesen perpetuiert.¹⁰

Der amerikanische Ökonom und Politikwissenschaftler Anthony Downs schuf um die Mitte des 20. Jahrhunderts mit seinem Werk „Ökonomische Theorie der Demokratie“ eine der Grundlagen neoliberalen Denkens in Bezug auf die Demokratie, indem er Prinzipien der Marktwirtschaft auf die politische Sphäre übertrug. Dabei kommt das für den Neoliberalismus prägende Menschenbild des zweckrational handelnden und nutzenmaximierenden Homo oeconomicus¹¹ wesentlicher Bedeutung zu, treffen nach Downs doch sämtliche Akteure der

7 Siehe dazu etwa die Ausführungen von Stephan Pühringer und Bernd Liedl in diesem Band.

8 Vgl. Bettina Lösch, Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie, in: Christoph Butterwegge / Bettina Lösch / Ralf Ptak, Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden 2017, 201-257, 201-204.

9 Vgl. Ötsch/Pühringer/Hirte, Netzwerke des Marktes, 73-74.

10 Ebd., 87.

11 Wendy Brown beschreibt den Homo oeconomicus in seiner heutigen Dimension als „sorgfältig konstruiertes und geregeltes Stück Humankapital, das die Aufgabe hat, seine Position im Wettbewerb zu verbessern und wirksam einzusetzen sowie seinen (monetären und

Demokratie ihre politischen Entscheidungen nach jenen Parametern. Auf dieser Grundlage entwarf er ein Modell von Demokratie, das diese als Markt konzipiert: Parteien offerieren gegenüber WählerInnen ihr Angebot in Form von Politik(en), umgekehrt bilden WählerInnen die Nachfrageseite ab und wählen gemäß persönlicher Präferenzen ihre Politikprodukte aus. Analog zu privatwirtschaftlichen Unternehmen zielen Parteien auf die Maximierung ihrer Gewinne in Form von Wählerstimmen.¹² Die Überlegungen von Downs lassen jedoch außer Acht, was Bettina Lösch als „Vermittlungsinstanz zwischen den Bürger(inne)n und den politischen Repräsentant(inn)en“¹³ beschreibt und auf den Mangel an Partizipationsmöglichkeiten seitens der WählerInnen abstellt. In ähnlicher Weise sind auch Parteien in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt, da sie lediglich auf Wünsche ihrer WählerInnen reagieren, was die Möglichkeiten zur inhaltlichen und programmatischen Positionierung begrenzt und die Entwicklung von Alternativen sowie das Führen von Grundsatzdebatten ignoriert. Der Bedeutungsverlust von demokratischen Institutionen und Verfahren, zumal der BürgerInnen, ergibt sich aus dem Umstand der Deklassierung von WählerInnen zu KonsumentInnen mit dem Effekt, dass die öffentliche Meinung kommerziell konstruiert wird. Wenngleich es sich bei der Theorie von Downs' nicht per se um eine genuin neoliberale handelt, so fanden dessen Überlegungen Aufnahme in den Kanon neoliberalen Denkens, wurden weiter geführt und verfestigt.¹⁴

August Friedrich von Hayek (1899-1992), geistiger Vater des Neoliberalismus, fokussierte unterdessen auf die Beschränkung respektive Begrenzung von Demokratie: Er war der Überzeugung, dass individuelle Freiheit nur durch eine begrenzte Demokratie erreicht werden könne,¹⁵ zumal diese in unbeschränkter

nichtmonetären) Bestandswert über all seine Bemühungen und Schauplätze hinweg zu fördern.“; Wendy Brown, Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört, Berlin 2015, 8. Der Homo oeconomicus beschränkt sich daher nicht nur auf die politische Sphäre, sondern vermag in seiner neoliberalen Erscheinungsform Akteur, Sprache und Bereiche, durch die sich jegliche Variante von Demokratie organisiert, zu eliminieren; vgl. ebd., 91.

12 Downs im Detail: „*Unsere Hauptthese lautet, daß die Parteien in der demokratischen Republik den Unternehmern in einer auf Gewinn abgestellten Wirtschaft ähnlich sind. Um ihre privaten Ziele zu erreichen, treten sie mit jenen politischen Programmen hervor, von denen sie sich den größten Gewinn an Stimmen versprechen.*“; Anthony Downs, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen 1968, 289.

13 Lösch, *Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie*, 208.

14 Vgl. ebd., 207-209.

15 Vgl. Markus Marterbauer, Nobelpreisträger Friedrich August Hayek: Antidemokrat und Pinochet-Unterstützer (13.10.2014), URL: https://awblog.at/boeser-hayek/?highlight_Marterbauer%20Hayek (abgerufen 14.8.2018).

Form eine beliebige Form unbeschränkter Gewalt nach sich ziehe.¹⁶ Deziert sollte seines Erachtens das Parlament lediglich die Kompetenz zum Erlass von allgemeinen Rechtsregeln besitzen, denn es sei nicht notwendig, „[...] daß es irgendeine andere Zwangsgewalt über den privaten Bürger geben muß als die, die ihn anhält, Regeln des gerechten Verhaltens zu befolgen [...]“¹⁷. Die Lösung liege vielmehr darin, „daß die höchste Gewalt eine beschränkte Gewalt ist – eine Gewalt, die Regeln aufstellen kann, die jede andere Gewalt beschränken und die gewisse Arten von Handlungen der privaten Bürger verbieten, aber ihnen nichts befehlen kann.“¹⁸ Hayek formulierte hinsichtlich einer Alternative zum vorherrschenden Demokratiemodell – von ihm unter anderem als „totalitäre Demokratie“¹⁹ charakterisiert – eine Aufteilung von Gesetzgebungs- und Regierungsversammlung. Die Legislative solle gewissermaßen aus einem Expertengremium bestehen, aus unabhängigen erfahrenen Personen mit einem Mindestalter von 45 Jahren, die für 15 Jahre bestellt und im Zuge des Auslaufens ihres Mandats durch neugewählte Träger ersetzt werden könnten. Hayek argumentierte, dass auf diese Weise die Gesetzgebung der von ihm monierten Beeinflussung und Erpressung von organisierten Interessen im Rahmen der parlamentarischen Demokratie entgegen könne.²⁰ Realiter suchte dieser Ansatz die bestehende demokratische Ordnung durch die Installierung eines Expertengremiums auszuhöhlen und damit die über die Beteiligung von BürgerInnen zu vollziehenden Aushandlungsprozesse auf der Ebene des Parlaments zu unterminieren.

16 Vgl. Friedrich A. von Hayek, *Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus*, Tübingen 1977, 15.

17 Friedrich A. von Hayek, *Drei Vorlesungen über Demokratie*, 16.

18 Ebd.

19 Hayek nahm damit Anlehnung an Überlegungen des deutschen Staatsrechtlers Carl Schmitt, den er ob seiner Bedeutung im Nationalsozialismus zwar kritisierte, dessen Überlegungen im Hinblick auf die Ausformung eines „totalen Staates“ in der Demokratie er jedoch teilte. Demnach evoziere der Wegfall eines starken Pendantes zur Volksvertretung, in Gestalt eines starken Beamtenstaats monarchistischen Zuschnitts, ein Bild, wonach Gesellschaft und Staat kongruente Form annehmen und der Staat somit zum „Interventionsstaat“ degeneriere; vgl. Herbert Schui/Stephanie Blankenburg, *Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis*, Hamburg 2002, 151.

20 Vgl. Friedrich A. von Hayek, *Drei Vorlesungen über Demokratie*, 17-22.

2. Praxis: Das Chile der 1970er-Jahre: Exerzierfeld der neoliberalen Transformation

Gegen Ende der 1970er-Jahre erlebte die Umsetzung neoliberaler Ideen mit der Regierungszeit Margaret Thatchers (1925-2013) in Großbritannien und kurz darauf mit jener Ronald Reagans (1911-2004) in den USA eine erste Hochphase. Insbesondere Thatcher sollte mit der von ihr geprägten Formel TINA („There is no alternativ“) einen bis in die Gegenwart gleichermaßen wirkmächtigen wie prägenden Präzedenzfall der neoliberalen Transformation in Europa bilden. Diese zeichnete sich insonderheit durch die Privatisierung von Staatseigentum, dem Kampf gegen die englischen Gewerkschaften und den Abbau des Sozialstaates aus.²¹

Einige Jahre zuvor gingen indes neoliberaler Marktradikalismus²² und Militärdiktatur in Chile eine beispiellose Symbiose ein: Infolge eines Militärputsches gegen die demokratisch legitimierte sozialistische Regierung Salvador Allendes übernahm 1973 eine Militärregierung unter General Augusto Pinochet die Macht im Land. Die Existenz einer kritischen Masse an marktradikalen Ökonomen basierte auf dem sogenannten „Project Chile“, einem 1956 initiierten Austauschprogramm zwischen der Universidad Católica und der University of Chicago zur Implementierung US-amerikanischer (neo-)liberaler Ideen und Lehrmeinungen. Der Ideologietransfer erstreckte sich zeitlich bis in den Zeitraum der Übernahme der Militärjunta und wurde u.a. von Milton Friedman (1912-2006), US-Stiftungen und chilenischen Institutionen wie der Zentralbank maßgeblich unterstützt. Zunächst setzte die politische Führung auf graduelle Anpassungsmaßnahmen, ging parallel jedoch dazu über, die Löhne der Beschäftigten um 50 Prozent zu senken, staatlich verwaltete Firmen zu privatisieren und Kontrollen am Finanzsektor aufzuheben. 1975 folgte mit Zustimmung Pinochets ein monetaristisches „Schockprogramm“ nach den Lehren der Chicago School of Economics unter der Ägide der sogenannten Chicago boys (Studenten Friedmans): Verknappung

21 Zu Thatcherism und Reaganomics siehe exemplarisch Thomas Biebricher, *Neoliberalismus zur Einführung*, Hamburg 2012, 98-123. Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks sollten auch die osteuropäischen Staaten von der neoliberalen Trias aus Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung erfasst werden; vgl. Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014.

22 Zum Begriff siehe etwa Hans-Gerd Jaschke, *Fundamentalismus in Deutschland. Gottesstreiter und politische Extremisten bedrohen die Gesellschaft*, Hamburg 1998, 113-116.

der Geldmenge, Liberalisierung des Finanzsektors, umfassende Privatisierungen zugunsten chilenischer Großkapitalisten. Weitere Reformen implizierten ab 1978 eine Reform der Justiz, die Privatisierung des Rentensystems sowie des Gesundheits- und Bildungswesens und die Einführung eines flexiblen Arbeitsgesetzes. Letzteres, von José Piñera (Bruder des heutigen chilenischen Staatschefs Sebastián Piñera, Anm. d. Verfassers) entworfen, suchte mit wenigen Ausnahmen individuelle Arbeitsrechte einzuschränken und verwarf kollektive Vereinbarungen. Während das Streikrecht formal bestehen blieb, wurden Tarifverhandlungen auf die Ebene des Betriebes verlagert und hingen an der Produktivitätsentwicklung; spontan gebildete Gruppen waren zur Führung der Verhandlungen ermächtigt.²³ Neben der Chicagoer Schule sollte zwischen 1979 und 1981 eine weitere Strömung des Neoliberalismus ihren Einfluss auf die Transformation des chilenischen Staates geltend machen. Die sogenannte Virginia School der politischen Ökonomie mit Vertretern wie James Buchanan (1919-2013) und Gordon Tullock (1922-2014) konzentrierte sich (frei nach Downs, Anm. d. Verfassers) primär auf die „Durchmarktung“ des Staates im Sinne einer Umwandlung in eine Firma zur radikalen Ökonomisierung der Politik, welche insbesondere die Gewerkschaften zu depolitisieren suchte.²⁴

Den Rahmen bildete ein System, das politische Entscheidungen dem Markt sowie wohl informierten Bürgern überließ und in dem Experten Gesamtinteressen der Gemeinschaften definierten. Die „neue Demokratie“ sollte nach dem zweimaligen Wirtschaftsminister, Zentralbanker und Chicago-Ökonomen Pablo Baraona autoritär, unpersönlich, libertär und technifiziert sein. Entsprechung fand dieser Zugang in der von den Auffassungen Hayeks maßgeblich inspirierten und nach einer gleichnamigen Schrift von ihm genannten „Verfassung der Freiheit“. Hinsichtlich des Wahlsystems eigens formulierte Bestimmungen sowie auf Lebenszeit ernannte und vom nationalen Sicherheitsrat bestellte Senatoren garantierten den langfristigen Machterhalt Pinochets,²⁵ dessen Regierungszeit „zweifello[s] als eine der brutalsten und systematischsten Lateinamerikas“²⁶ anzusehen ist.

23 Vgl. Karin Fischer, Eine Klasse für sich. Besitz, Herrschaft und ungleiche Entwicklung in Chile 1830-2010, Baden-Baden 2011, 92-112.

24 Vgl. Bernhard Walpen/Dieter Plehwe, »Wahrheitsgetreue Berichte über Chile« - Die Mont Pèlerin Society und die Diktatur Pinochet, in: 1999: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 16 (1999) 2, 42-70, 56-58.

25 Vgl. Fischer, Eine Klasse für sich, 124-126.

26 Veit Straßner, Vom schwierigen Umgang mit dem Erbe der Pinochet-Diktatur (28.11.2007), URL: <http://www.bpb.de/internationales/amerika/lateinamerika/44689/schwieriges-erbe> (abgerufen 17.4.2018).

August Friedrich von Hayek befand indes 1978: „I have not been able to find a single person even in much maligned Chile who did not agree that personal freedom was much greater under Pinochet than under Allende.“²⁷

Wie das Beispiel Chile unter Pinochet darlegt, vermag sich der Neoliberalismus zur Durchsetzung seiner Ideologie und Ziele auch der Gewalt- und Repressionspraxis diktatorischer Regime zu bedienen oder wie es Ralf Ptak ausdrückt: „Der ‚wohlmeinende‘ Diktator wird – wenn nötig – zur Durchsetzung des neoliberalen Wettbewerbsstaates akzeptiert, die Herrschaft der ‚Masse‘ gilt dagegen als entartete Demokratie.“²⁸

3. Gegenwartsdimension: Von der „marktkonformen Demokratie“ zum Aufstieg des Rechtspopulismus

Gut fünf Jahrzehnte nach der amerikanischen Originalausgabe von Downs „Ökonomischer Theorie der Demokratie“ formulierte der englische Soziologe und Politikwissenschaftler Colin Crouch mit seinem Werk „Postdemokratie“ einen bis heute zentralen Bezugspunkt geltender Demokratiediskurse.²⁹ Crouch geht in seinem Befund von einem Gemeinwesen aus, in der demokratische Institutionen faktisch existieren, realiter Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse jedoch von politischen Inszenierungen überlagert sind und BürgerInnen dadurch in Passivität und Apathie verfallen. Politische Entscheidungen finden im Geheimen statt, dirigiert von wirtschaftsinteressengeleiteten (respektive marktgelei-

27 Friedrich August Hayek in The Times im Jahr 1978, zit. nach Markus Marterbauer, Nobelpreisträger Friedrich August Hayek: Antidemokrat und Pinochet-Unterstützer (13.10.2014); URL: https://awblog.at/boeser-hayek/?highlight_Marterbauer%20Hayek (abgerufen 14.8.2018). Gegenüber einer Journalistin der chilenischen Zeitung Mercurio sollte Hayek 1981 darlegen: „*I prefer a liberal dictator to democratic government lacking liberalism*“; Friedrich August Hayek im Mercurio 1981, zit. nach Marterbauer, Nobelpreisträger Friedrich August Hayek; vgl. auch Schulmeister, Der Weg zur Prosperität, 112.

28 Ralf Ptak, Grundlagen des Neoliberalismus, in: Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak, Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden 2017, 13-78, 60.

29 Eine Auseinandersetzung mit der postdemokratischen These liefert etwa Jürgen Nordmann/Katrin Hirte/Walter Otto Ötsch, Demokratie! Welche Demokratie? Postdemokratie kritisch hinterfragt, Marburg 2012.

teten, Anm. des Verfassers) Eliten.³⁰ Folgt man der These Crouchs, so lässt sich nicht nur konstatieren, dass die neoliberale Durchdringung unseres Gemeinwessens einen Legitimationsverlust demokratischer Institutionen evoziert, sondern dass die Formel der „marktkonformen Demokratie“³¹ einen bestimmenden Faktor der gesellschaftlichen Entsolidarisierung und Polarisierung bildet.

In diesem Zusammenhang hat sich mittlerweile eine Politik durchgesetzt, welche die Konsolidierung öffentlicher Haushalte sowie die Eindämmung der Staatsverschuldung zum Mantra erhebt, um den Finanzmärkten gerecht und im Idealfall von ihnen mit niedrigen Zinsen für Refinanzierungen belohnt zu werden. Wesentliche Eckpunkte zielen dabei auf die Eindämmung öffentlicher Dienstleistungen ab, was parallel die Privatisierung respektive Vermarktlichung jenes Bereiches impliziert sowie auf Kürzungen der Sozialausgaben, was unweigerlich ungleiche Verteilungseffekte nach sich zieht. In Ermangelung einer definitiven Zusicherung seitens nationalstaatlicher Demokratien zu diesem Konsolidierungskurs erfolgte seit den 1990er-Jahren der Umbau der Europäischen Union zu einem supranationalen Regime zum Zwecke der Einbindung und Regulierung der Nationalstaaten. Der beschriebene europäische Konsolidierungsstaat des 21. Jahrhunderts stellt demnach ein internationales Konstrukt dar, das einerseits demokratische Legitimation vermissen lässt, andererseits jedoch über bindende Regelwerke verfügt, die auf die Zähmung der Demokratie zugunsten des Marktes abstellen oder in den Worten Wolfgang Streecks eine „Entpolitisierung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Entdemokratisierung der Politik“ verfolgen.³² Den Ausgangspunkt dieses Weges der Implementierung neoliberaler Politiken bildeten Vertragswerke zur Installierung der Wirtschafts- und Währungsunion. Unter dem Primat einer monetaristischen Wirtschaftspolitik wurde indes auf eine gemeinsame Fiskal- und Wirtschaftspolitik verzichtet. Zwar kam es zur Verabschiedung eines Protokolls zur Sozialpolitik (ohne Großbritannien), Erfolge in jenem Bereich blieben jedoch nahezu aus. Vor diesem Hintergrund haben europäische

³⁰ Vgl. Colin Crouch, *Postdemokratie*, Berlin 2017, 10.

³¹ Dem Terminus „marktkonforme Demokratie“ liegt eine Aussage der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel zugrunde, die 2011 festhielt: „*Wir leben ja in einer Demokratie und sind auch froh darüber. Das ist eine parlamentarische Demokratie. Deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments. Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben.*“; Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela und dem Ministerpräsidenten der Republik Portugal, Pedro Passos Coelho in Berlin (1.09.2011), URL: <https://www.bundesregierung.de/Content/Archiv/DE/Archiv17/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/09/2011-09-01-merkel-coelho.html> (abgerufen 18.4.2018).

³² Vgl. Streeck, *Gekaufte Zeit*, 201-206, besonders 206.

und transnationale Institutionen wie etwa der Europäische Gerichtshof oder die Europäische Kommission bzw. die WTO oder der IWF an Bedeutung gewonnen.³³ Mit Rekurs auf die Kritik des bekannten französischen Ökonomen Thomas Piketty und weiteren MitstreiterInnen lässt sich die Liste einflussreicher europäischer Institutionen insbesondere um die Eurogruppe der Finanzminister der Eurozone erweitern, welche gleichermaßen an Europäischen Verträgen wie am Europäischen Parlament und nationalen Parlamenten vorbei agieren. Im Verband mit Europäischer Kommission und Eurogipfel bilden sie den Kern einer „Regierung der Eurozone“, die angesichts des Defizits an politischen Kontrollmöglichkeiten „in einem Schwarzen Loch der Demokratie“ verortet zu sein scheint.³⁴ Ab dem Jahr 2000 hat schließlich unter dem Begriff der „Good Governance“ (Methode des politischen Handelns im Sinne von „gutem“ Regieren) eine Form einer neuen politischen Ordnung auf EU-Ebene Einzug gehalten, die eine Verlagerung der politischen Entscheidungsfindung von der Ebene des Parlamentes auf die Ebene außerparlamentarischer Akteure und Netzwerke verzeichnet. An die Stelle der Souveränität des Volkes tritt (im Sinne Hayeks, Anm. d. Verfassers) die Souveränität von Experten; dem Parlament kommt lediglich eine zwischen staatlichen und privaten Akteuren moderierende Rolle zu, mit dem Ziel der Installierung einer „paternalistischen Anhörungdemokratie“ (Karin Priester), in der privilegierten Gruppen das Primat der Partizipation zukommt, das Governance-Regime der EU letztlich autoritäre Züge aufweist.³⁵

Dieser Befund scheint insofern von Bedeutung als parallel mit der Etablierung einer nutzen- und wettbewerbszentrierten sowie soziale Gegensätze verschärfenden Marktgesellschaft, eine Neuformierung der extremen Rechten einsetzte. Fragen des Standortes, der Globalisierung und Demografie können hierbei als wesentliche Bezugspunkte politischer Kampagnen identifiziert werden. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und den damit verbundenen Folgen wie dem Anstieg der Staatsschulden (aus der Konsequenz von Bankenrettungspaketen) und der

33 Vgl. Jens Wissel, Autoritärer Wettbewerbsetatismus. Dynamiken der ‚marktkonformen‘ Demokratie in Europa, in: Thomas Biebricher (Hrsg.), *Der Staat des Neoliberalismus*, Baden-Baden 2016, 263-283, 269-270.

34 Vgl. Stéphanie Hennette u.a., *Für ein anderes Europa. Vertrag zur Demokratisierung der Eurozone*, München 2017, 7-9, besonders 9.

35 Vgl. Karin Priester, *Governance in Europa: Auf dem Weg in die Postdemokratie?* in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4 (2014), 99-110, 101-105. Am Beispiel Griechenlands wird deutlich, dass im Zuge der Krise rechtsstaatliche Prinzipien zum Teil verworfen worden sind und der Einfluss des Parlamentes auf die Politik merklich schwand, während die Politik der Troika sowohl die griechische Verfassung als auch elementare soziale Rechte in Europa verletzte; vgl. Wissel, *Autoritärer Wettbewerbsetatismus*, 279.

in Europa vielfach verordneten Austeritätspolitik³⁶ verschärften sich ökonomische wie soziale Ungleichheiten, das Maß an sozialer Spaltung, an Desintegration und Destruktion nahm sowohl im nationalen als auch im europäischen Kontext zu. Gewissermaßen als Fugenmasse zwischen Neoliberalismus und gewachsenem Rechtspopulismus³⁷ lässt sich Konkurrenzkampf, Wettbewerb und Bewertungsfetisch ausmachen.³⁸ Zentral erscheinen dessen ungeachtet vom Neoliberalismus erzeugte Unsicherheiten und damit jene bedeutsamen Faktoren, die zur Ausprägung einer „Abstiegsgesellschaft“³⁹ (Oliver Nachtwey) geführt haben. Dazu zählen insbesondere das hohe Maß an prekären Arbeitsverhältnissen (innerhalb der EU weisen lediglich 60 Prozent der Beschäftigungsformen unbefristete Vollzeit-arbeitsverhältnisse auf, Anm. d. Verfassers), das Nachtwey als wesentlichstes Charakteristikum der Abstiegsgesellschaft wahrnimmt,⁴⁰ aber auch eine Polarisierung der Mitte, die sich in einer Verkleinerung der unteren Mitte ausdrückt und sich auch darin zeigt, dass die obere Mitte nicht mehr zwingend an Aufstieg, Eigenständigkeit und Sicherheit zu partizipieren vermag.⁴¹

Hinsichtlich der ideologischen Gemeinsamkeiten von Neoliberalismus und Rechtspopulismus tritt vor allem der von Christoph Butterwegge herausgearbeitete „Standortnationalismus“ hervor, den er als „Ideologem [definiert], das auf dem Glauben basiert, auf den internationalen Märkten einer ‚Welt von Feinden‘

36 Siehe dazu exemplarisch und auf die historische Perspektive zentrierend Florian Schui, *Austerität. Politik der Sparsamkeit: Die kurze Geschichte eines großen Fehlers*, München 2014.

37 Zur näheren Bestimmung des Populismus siehe exemplarisch Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus? – Ein Essay*, Berlin 2016. Eine länderübergreifende Diskussion des Rechtspopulismus in Europa liefert etwa Ernst Hillebrand (Hg.), *Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?* Bonn 2017.

38 Vgl. Ralf Ptak, *Der Neoliberalismus entlässt seine Kinder: Krise(n) und Rechtspopulismus*, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Bettina Lösch (Hrsg.), *Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus*, Weinheim 2018, 64-75, 67-71.

39 Diese ist zusammenfassend gekennzeichnet von wachsender Ungleichheit und dem Rückbau sozialer Bürgerrechte, wodurch neue Klassenstrukturen entstehen; vgl. Oliver Nachtwey, *Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin 2017, 187.

40 Vgl. Nachtwey, *Die Abstiegsgesellschaft*, 136-147.

41 Ebd. 151. Nach Nachtwey handelt es sich bei der unteren Mitte um deutsche Haushalte, welche 70 bis 90 Prozent des Median-Äquivalenzeinkommens repräsentieren. Zur „Mitte“ in Österreich siehe im Detail Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hg.), *Sozialbericht. Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015-2016. Sozialpolitische Analysen*, Wien 2017, 269-293.

gegenüberzustehen und durch Erfindungsgeist, besondere Tüchtigkeit, größeren Fleiß und/oder mehr Opferbereitschaft die Überlegenheit des ‚eigenen‘ Wirtschaftsstandortes unter Beweis stellen zu müssen.“⁴² Die Überhöhung des eigenen Wirtschaftsstandortes lässt die gesellschaftliche Entwicklung und arbeitende Menschen in den Hintergrund treten, Priorität genießen Gewinn und die Überlegenheit gegenüber Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Unter diesen Vorzeichen dient „Standortnationalismus“ als Überbau oder auch „politisch-ideologischer Kitt“, der die vom Neoliberalismus erzeugten sozialen Disparitäten auszugleichen und eine Auflösung der kapitalistischen Gesellschaft zu verhindern sucht.⁴³ In diesem Kontext verfolgen etwa die USA eine unter dem Schlagwort „Trumponomics“ firmierende Politik, die sich zwischen ökonomischem Nationalismus und Neoliberalismus bewegt und Protektionismus als Mittel zur Durchsetzung amerikanischer Interessen nützen.⁴⁴

Sowohl Neoliberalismus als auch Rechtspopulismus (resp. Rechtsextremismus) gehen von einer Ungleichheit bzw. Ungleichwertigkeit der Menschen aus: Bei ersterem sichtbar indem zwar die Rechtsgleichheit aller Individuen unter der Voraussetzung am Markt zu reüssieren vertreten, jedoch – sollte diese Bedingung nicht erfüllt sein – eine materielle Unterstützung zur Erlangung der Rechtsgleichheit abgelehnt wird. Rechtsextremisten gehen unterdessen von der Überlegenheit ihres Kollektivs aus und definieren demgegenüber andere (Gruppen, Minderheiten, Völker, Gemeinschaftsfremde) als minderwertig. Als weiteres einendes Momentum lässt sich mithin der Drang nach Höchstleistungen anführen (seien es jene des einzelnen Marktteilnehmers oder jene für die „Volksgemeinschaft“), der über den Begriff der Leistung (Leistungsstarke versus Leistungsschwache) das Kriterium der sozialen Selektion zum Maßstab erhebt.⁴⁵

Gegenwärtig manifestiert sich die Verbindung von Neoliberalismus und rechtem Spektrum vor allem in der Alternative für Deutschland (AfD), die sich hinsichtlich ihrer Wirtschaftsprogrammatik an die Riege von Ordoliberalen rund um Walter Eucken (1891-1950), Alexander Rüstow (1885-1963) oder Alfred Mül-

42 Christoph Butterwegge, Die soziale Spaltung und der Erfolg des Rechtspopulismus, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Bettina Lösch (Hrsg.), Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus, Weinheim 2018, 40-62, 49.

43 Vgl. ebd.

44 Vgl. Hans Kundnani, Die verkaufte Wahl. Trump, Brexit und der nationale Neoliberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2 (2018), 67-72, 68-70.

45 Vgl. Butterwegge, Die soziale Spaltung und der Erfolg des Rechtspopulismus, 49-50.

ler-Armack (1901-1978) anlehnt. Es waren gerade jene Persönlichkeiten, welche die Wirtschaftskrise 1929-1932 als Staats- und Demokratieversagen deuteten und somit der deutschen Spielart des Neoliberalismus den Boden bereiteten.⁴⁶ Dennoch ist die AfD nicht als neoliberale Partei per se zu begreifen, sondern oszilliert zwischen neoliberalem Mainstream und extrem rechten Ressentiments. Indem sie individuelle, durch die Marktgesellschaft erzeugte Frustrationen kanalisiert und dem Freund-Feind Lösungen sowie eine gleichermaßen exklusive wie ausschließende Gemeinschaft entgegenhält, bedient sie sich eines Konzeptes, das etwa sowohl die NS-Faschisten in den 1920er-Jahren als auch die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) unter Jörg Haider als Erfolgsformel einsetzten.⁴⁷

Wenn abschließend Wolfgang Merkel der Demokratie Erosionserscheinungen attestiert und dabei mitunter auf „die (gewachsene) Indifferenz gegenüber gravierenden sozioökonomischen Ungleichheiten und Vermögen, Einkommen und Lebenschancen“⁴⁸ rekurriert, dann scheint es wohl eine der derzeit größten Herausforderungen zu sein, diese Indifferenz in Teilnahme und Sensibilisierung umzukehren. Ein möglicher (gewählter) Zugang: Eine Ausstellung zum Thema Neoliberalismus.

46 Vgl. Ptak, *Der Neoliberalismus entlässt seine Kinder*, 66.

47 Ebd., 72-73.

48 Wolfgang Merkel, *Schluss: Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung?* in: Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, Wiesbaden 2015, 473-498, 490.

Verwendete Literatur:

Giorgio Agamben, Einleitende Bemerkung zum Begriff der Demokratie, in: Demokratie? Eine Debatte, 3. Auflage, Berlin 2016, 9-12.

Elmar Altvater, Globalisierter Neoliberalismus, in: Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak (Hg.), Neoliberalismus. Analysen und Alternativen, Wiesbaden 2008, 50-68.

Thomas Biebricher, Neoliberalismus zur Einführung, Hamburg 2012.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hg.), Sozialbericht. Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015-2016. Sozialpolitische Analysen, Wien 2017.

Christoph Butterwegge, Die soziale Spaltung und der Erfolg des Rechtspopulismus, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Bettina Lösch (Hrsg.), Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus, Weinheim 2018, 40-62.

Colin Crouch, Postdemokratie, 13. Auflage, Berlin 2017.

Wendy Brown, Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört, Berlin 2015.

Anselm Doering-Manteuffel, Die Entmündigung des Staates und die Krise der Demokratie. Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart, in: Stuttgart: Verlag Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus 2013, 8-10, URL: https://zeithistorische-forschungen.de/sites/default/files/medien/material/2015-3/Doering-Manteuffel_2013.pdf (abgerufen 28.6.2018).

Anthony Downs, Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen 1968.

Karin Fischer, Eine Klasse für sich. Besitz, Herrschaft und ungleiche Entwicklung in Chile 1830-2010, Baden-Baden 2011.

Friedrich A. von Hayek, Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus, Tübingen 1977.

Stéphanie Hennette/Thomas Piketty/Guillame Sacriste/Antoine Vauchez, Für ein anderes Europa. Vertrag zur Demokratisierung der Eurozone, München 2017.

Ernst Hillebrand (Hg.), Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie? 2. Auflage, Bonn 2017.

Hans-Gerd Jaschke, *Fundamentalismus in Deutschland. Gottesstreiter und politische Extremisten bedrohen die Gesellschaft*, Hamburg 1998.

Hans Kundnani, *Die verkaufte Wahl. Trump, Brexit und der nationale Neoliberalismus*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2 (2018), 67-72.

Bettina Lösch, *Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie*, in: Christoph Butterwegge / Bettina Lösch / Ralf Ptak, *Kritik des Neoliberalismus*, 3., aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2017, 201-257.

Markus Marterbauer, *Nobelpreisträger Friedrich August Hayek: Antidemokrat und Pinochet-Unterstützer* (13.10.2014), URL: https://awblog.at/boeser-hayek/?highlight_Marterbauer%20Hayek (abgerufen 14.8.2018).

Wolfgang Merkel, *Schluss: Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung?* in: Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, Wiesbaden 2015, 473-498.

Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus? – Ein Essay*, Berlin 2016.

Oliver Nachtwey, *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, 7. Auflage, Berlin 2017.

Jürgen Nordmann / Katrin Hirte / Walter Otto Ötsch, *Demokratie! Welche Demokratie? Postdemokratie kritisch hinterfragt*, Marburg 2012.

Karin Priester, *Governance in Europa: Auf dem Weg in die Postdemokratie?* in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4 (2014), 99-110.

Ralf Ptak, *Der Neoliberalismus entlässt seine Kinder: Krise(n) und Rechtspopulismus*, in: Christoph Butterwegge / Gudrun Hentges / Bettina Lösch (Hrsg.), *Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus*, Weinheim 2018, 64-75.

Ralf Ptak, *Grundlagen des Neoliberalismus*, in: Christoph Butterwegge / Bettina Lösch / Ralf Ptak, *Kritik des Neoliberalismus*, 3. Auflage, Wiesbaden 2017, 13-78.

Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der Republik Portugal, Pedro Passos Coelho in Berlin (1.09.2011), URL: <https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/09/2011-09-01-merkel-coelho.html> (abgerufen 18.4.2018).

Walter Otto Ötsch / Stephan Pühringer / Karin Hirte, *Netzwerke des Marktes. Ordoliberalismus als Politische Ökonomie*, Wiesbaden 2018.

Florian Schui, *Austerität. Politik der Sparsamkeit: Die kurze Geschichte eines großen Fehlers*, München 2014.

Herbert Schui/Stephanie Blankenburg, Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis, Hamburg 2002.

Stephan Schulmeister, Der Weg zur Prosperität, Salzburg-München 2018.

Veit Straßner, Vom schwierigen Umgang mit dem Erbe der Pinochet-Diktatur (28.11.2007), URL: <http://www.bpb.de/internationales/amerika/lateinamerika/44689/schwieriges-erbe> (abgerufen 17.4.2018).

Wolfgang Streeck, Entkoppelt. Kapitalismus und Demokratie im neoliberalen Zeitalter (06.2016), URL: https://wolfgangstreeck.files.wordpress.com/2016/06/streeck2016_entkoppelt-kapitalismus-und-demokratie-im-neoliberalen-zeitalter.pdf (abgerufen 25.1.2018).

Wolfgang Streeck, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, 2. Auflage, Berlin 2016.

Philipp Ther, Neoliberalismus, eine Einführung, in: Gerfried Sperl (Hg.), Neoliberalismus, Wien 2015, 9-40.

Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014.

Bernhard Walpen/Dieter Plehwe, »Wahrheitsgetreue Berichte über Chile« – Die Mont Pèlerin Society und die Diktatur Pinochet, in: 1999: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 16 (1999) 2, 42-70.

Jens Wissel, Autoritärer Wettbewerbsetatismus. Dynamiken der ‚marktkonformen‘ Demokratie in Europa, in: Thomas Biebricher (Hrsg.), Der Staat des Neoliberalismus, Baden-Baden 2016, 263-283.